

Anhörung von Sachverständigen
Enquetekommission II
„Gesellschaftlicher Zusammenhalt (Bürgerschaftliches Engagement im Krisenfall)“
am 7. Oktober 2024, 13.30 Uhr bis (max.) 16.00 Uhr, Raum E1 A16, Livestream

*Persönliche Stellungnahme von Volker Tondorf, Stellv. Leiter (komm.), Leiter Digitale Lageerkundung,
Liaison Officer VOST Europe und Gründungsmitglied der digitalen
ehrenamtlichen Einheit Virtual Operations Support Team (VOST)
der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW)*

1. Haben Sie einleitend Anregungen, die Sie uns für die Arbeit in der Enquetekommission mitgeben möchten?

Die Arbeit der Enquetekommission ist von zentraler Bedeutung, da sie sich der Frage des gesellschaftlichen Zusammenhalts in zukünftigen Krisenzeiten widmet. Besonders das bürgerschaftliche Engagement erfordert Aufmerksamkeit, da die Beteiligung der Bürger in Krisen- und Katastrophenfällen oft entscheidend für eine effektive Bewältigung ist. Ich rege an, das bürgerschaftliche Engagement nicht nur in Krisensituationen, sondern auch bei der Vorsorge und Resilienzbildung zu betrachten. Dies erfordert eine systematische Einbindung von ehrenamtlichen Strukturen und eine langfristige Förderung der Zivilgesellschaft. Weiterhin sollte die Enquetekommission die Verknüpfung von technologischen Innovationen und bürgerschaftlichem Engagement thematisieren, da digitale Einheiten, wie etwa Virtual Operations Support Teams (VOST), das Krisenmanagement wesentlich bereichern können.

2. Inwieweit kann die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements zur Bewältigung von Katastrophenlagen beitragen?

Bürgerschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil der Krisenbewältigung. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind häufig die ersten Akteure vor Ort und können mit lokaler Expertise sowie schnellen und flexiblen Reaktionen zur Stabilisierung der Lage beitragen. Das Engagement kann in verschiedenen Formen stattfinden – von organisierten Strukturen wie Hilfsorganisationen bis hin zu spontanen Nachbarschaftshilfen. Der Mehrwert liegt darin, dass bürgerschaftliches Engagement eine Ergänzung zu professionellen Einsatzkräften bietet und Ressourcen in Krisensituationen effizienter genutzt werden können. Zudem stärkt es den sozialen Zusammenhalt und fördert das Gemeinschaftsgefühl, was in Krisenzeiten von enormer Bedeutung ist.

Besonders das Konzept des „Whole-of-Society-Ansatzes“ zeigt, dass nur ein Zusammenspiel von staatlichen Akteuren, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zu einer umfassenden Krisenbewältigung führen kann. Bürgerinitiativen und Organisationen wie das Technische Hilfswerk (THW) spielen dabei eine zentrale Rolle, da sie als Bindeglied zwischen Bevölkerung und staatlichen Strukturen fungieren.

3. Wie kann bereits im Vorfeld von Katastrophen das bürgerschaftliche Engagement grundsätzlich gefördert und gestärkt werden und welche Schritte sind dafür konkret nötig? Welche Akteure sehen Sie hier in der Pflicht?

Eine systematische Förderung des bürgerschaftlichen Engagements muss bereits in der Präventionsphase oder Vor-Krisen-Phase erfolgen. Dafür sind folgende Schritte notwendig:

- *Bildung und Aufklärung:* Es ist von entscheidender Bedeutung, ein umfassenderes Bewusstsein für Krisenvorsorge und Zivilschutz bereits frühzeitig in unserer Gesellschaft zu verankern. Besonders Schulen spielen hierbei eine zentrale Rolle, um Kinder und Jugendliche für diese Themen zu sensibilisieren. Ebenso wichtig sind breit angelegte öffentliche Kampagnen, die die gesamte Bevölkerung erreichen. Ein effektiver Ansatz könnte in der Zusammenarbeit mit Hilfsorganisationen wie dem Technischen Hilfswerk (THW) oder der Feuerwehr liegen. Durch Workshops und Informationsveranstaltungen dieser Organisationen kann praktisches Wissen vermittelt und so die Resilienz der Gesellschaft gestärkt werden.
- *Schaffung von Anreizen:* Um mehr Menschen für ehrenamtliches Engagement zu gewinnen, ist es wichtig, gezielte Anreize zu schaffen. Mögliche Maßnahmen könnten steuerliche Vergünstigungen für Ehrenamtliche umfassen, die ihre freiwillige Arbeit attraktiver machen. Ebenso könnten Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten werden, die die persönliche und berufliche Entwicklung der Ehrenamtlichen fördern. Zudem sollte ehrenamtliches Engagement als wertvolle Qualifikation in beruflichen Kontexten stärker anerkannt werden, um so den gesellschaftlichen und individuellen Nutzen dieser Tätigkeit zu unterstreichen.
- *Infrastruktur, Netzwerke und Koordination:* Der Aufbau und die Pflege regionaler sowie überregionaler Netzwerke sind von zentraler Bedeutung, um die Zusammenarbeit zwischen staatlichen Institutionen und zivilgesellschaftlichen Akteuren nachhaltig zu stärken. Nur durch eine enge und kontinuierliche Vernetzung können die Kräfte der Zivilgesellschaft und des Staates effizient gebündelt werden. Dazu ist es notwendig, bestehende Plattformen (z. B. Freiwilligenbörsen) zur Vernetzung von Freiwilligen und zur Koordinierung von Ressourcen weiter auszubauen und zu optimieren. So kann eine bessere Abstimmung gewährleistet und das gemeinsame Ziel einer resilienteren Gesellschaft effektiver erreicht werden. Ein besonderer Schwerpunkt sollte dabei auch auf der Koordination der engagierten Bürgerinnen und Bürger mit den behördlichen Stellen liegen: Häufig scheint der Mangel an geregelter Abstimmung zwischen den Beteiligten zu Problemen zu führen. Spontan helfende agieren oft ohne formale Anmeldung oder Einbindung, was zwar einerseits schnelles Handeln ermöglicht, andererseits aber auch zu einer unkoordinierten Vorgehensweise führen kann. Die Behörden, die häufig an strikte Verfahrensweisen und Regularien gebunden sind, tun sich in solchen Situationen schwer, spontane Hilfsangebote flexibel und zeitnah zu integrieren. Dies kann den Anschein einer mangelhaften Koordination erwecken. Gleiches gilt, wenn engagierte Bürgerinnen und Bürger in frühen Phasen der Krise kaum von den Behörden berücksichtigt werden. Es bietet sich sicherlich an, wenn Behörden bereits im Vorfeld über entsprechende Konzepte verfügen, um das spontane Engagement sinnvoll in ihre Strukturen einzubinden. In Krisensituationen ist nicht nur die effiziente Abwicklung von Aufgaben entscheidend, sondern insbesondere bei Spontan Helfenden auch das Gefühl der Zusammengehörigkeit und der gemeinsamen Zielverfolgung. Dazu kann in Erwägung gezogen werden:
 - Erstellung flexibler Krisenmanagementpläne, die explizit die Integration von Spontan Helfenden vorsehen und ihnen eine klare Rolle zuweisen.
 - Schaffung von Kommunikationsschnittstellen zwischen Behörden und Helfenden, die eine schnelle und unkomplizierte Koordination ermöglichen. Auch um spezifische Informationsbedürfnisse zu stillen. Hierbei ist ebenfalls an Mehrsprachigkeit zu denken.

- Förderung eines „Wir-Gefühls“, indem Behörden verstärkt auf Augenhöhe mit den Helfenden zusammenarbeiten und deren Engagement anerkennen.
 - Schulung und Sensibilisierung von Behördenmitarbeitenden für die Arbeit mit Spontanhelfenden, um unbürokratische Lösungen in Krisensituationen zu fördern.
- *Förderung digitaler Kompetenzen:* Angesichts der fortschreitenden Digitalisierung sollte auch das bürgerschaftliche Engagement im Krisenmanagement verstärkt digitale Hilfsmittel einbinden. Initiativen wie das Virtual Operations Support Team (VOST) bieten hier ein wegweisendes Modell für die Integration moderner Technologien in die Krisenbewältigung. Solche digitalen Einheiten ermöglichen eine schnelle und koordinierte Reaktion auf Krisen, indem sie Informationen in Echtzeit bündeln, nach Lagerelevanz bewerten, räumlich analysieren, aufbereiten und Krisenstäben für ein besseres Lageverständnis zur Verfügung stellen. Dabei kann auch die Bekämpfung von Desinformation eine zentrale Rolle spielen. Durch den Einsatz dieser digitalen Einheiten können Falschinformationen gezielt identifiziert und entkräftet werden, um die Verbreitung verlässlicher Fakten sicherzustellen. Generell ist auch in diesem Bereich eine Stärkung der Zivilgesellschaft dringend erforderlich.
 - *Inklusion und Barriereabbau:* Dies sind weitere Elemente, wenn es darum geht, bürgerschaftliches Engagement vor Katastrophen zu fördern. Es ist entscheidend, dass alle gesellschaftlichen Gruppen – einschließlich Menschen mit Behinderungen, älteren Menschen und sozial benachteiligten Personen – aktiv in das Krisenmanagement einbezogen werden. Dazu müssen gezielte Maßnahmen ergriffen werden, die den Zugang zu freiwilligem Engagement erleichtern und Barrieren abbauen. Beispielsweise können barrierefreie Schulungsangebote, flexible Beteiligungsformen sowie technische Hilfsmittel zur Unterstützung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen entwickelt werden. Diese Inklusionsmaßnahmen tragen nicht nur zur Erhöhung der Teilhabe bei, sondern stärken auch den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Resilienz im Krisenfall. Wenn alle Menschen, unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen, die Möglichkeit haben, sich einzubringen, wird das Krisenmanagement vielseitiger und schlagkräftiger. Gleichzeitig sendet dies ein starkes Signal, dass jede*r Einzelne in der Lage ist, einen wertvollen Beitrag zu leisten, was die Solidarität innerhalb der Gesellschaft fördert.

Wichtige Akteure sind hier neben den Hilfsorganisationen die Bildungseinrichtungen, Kommunen, private Unternehmen sowie die Medien, die über ihre Reichweite und ihre Zugänge zur Bevölkerung eine wichtige Rolle in der Sensibilisierung spielen.

4. Welche kurz- oder langfristigen Strategien oder auch politische Maßnahmen sind Ihrer Meinung nach erforderlich, um das bürgerschaftliche Engagement in Krisen und Katastrophen zu steigern und um eine sinnvolle Entlastung oder auch Ergänzung der nicht-polizeilichen Gefahrenabwehr zu gewährleisten? Auf welcher staatlichen Ebene sollte dies, Ihrer Meinung nach geschehen?

Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements sollten kurz- und langfristige Strategien auf unterschiedlichen staatlichen Ebenen umgesetzt werden:

- *Kommunale Ebene:* Auf kommunaler Ebene sollten Gemeinden gezielt Plattformen und Anlaufstellen einrichten, an denen sich Bürger umfassend auf Krisenfälle vorbereiten und entsprechende Schulungen absolvieren können. Diese Anlaufstellen könnten als zentrale Orte

für Information und Training dienen, um die Bevölkerung für den Ernstfall zu sensibilisieren und handlungsfähig zu machen. Zudem sollten bestehende Strukturen wie Nachbarschaftshilfen aktiv in das offizielle Katastrophenmanagement eingebunden werden. Dadurch könnten lokale Netzwerke gestärkt und die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und kommunalen Behörden im Krisenfall deutlich verbessert werden.

- *Landes- und Bundesebene:* Auf Landes- und Bundesebene sollten weitere politische Maßnahmen wie z. B. bereits durch das Gesetz zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz) geschehen, unternommen werden, um den aktuellen Bedürfnissen von Freiwilligen besser gerecht zu werden und deren Position zu stärken. Dabei ist es essenziell, flexiblere Fördermodelle zu entwickeln, die den individuellen Lebenssituationen der Ehrenamtlichen Rechnung tragen. Insbesondere sollten Weiterbildungsangebote für freiwillige Helfer ausgebaut werden, um deren Qualifikationen zu stärken und gleichzeitig einen Anreiz für langfristiges Engagement zu schaffen. Durch eine solche Reform würde das Ehrenamt zukunftsfähiger gestaltet und gezielt unterstützt, was sowohl den Helfern als auch der Gesellschaft zugutekommt.
- *Langfristige Strategie:* Eine langfristige Strategie zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements muss den Ausbau von Krisenpräventionsprogrammen mit einem besonderen Fokus auf das Ehrenamt in den Mittelpunkt der Bevölkerungsschutzpolitik rücken. Ehrenamtliche Helferinnen und Helfer spielen eine entscheidende Rolle in der Krisenbewältigung und sollten daher systematisch gefördert und integriert werden. Dies erfordert auch eine verbesserte finanzielle Ausstattung sowie die fortschreitende Digitalisierung von Hilfsorganisationen, um ihre Einsatzfähigkeit und Effizienz zu erhöhen. Langfristige Maßnahmen müssen zudem das Ehrenamt als zentralen Baustein der gesamtgesellschaftlichen Resilienz anerkennen und dies klar in der politischen Strategie verankern.
- *Psychosoziale Unterstützung:* Die psychosoziale Unterstützung bzw. entsprechende Unterstützungsangebote spielen eine zentrale Rolle in der nachhaltigen Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, insbesondere im Kontext von Krisen- und Katastropheneinsätzen. Ehrenamtliche Helfer, Spontanhelfende und Freiwillige sind häufig extremen physischen und emotionalen Belastungen ausgesetzt, die weit über alltägliche Stresssituationen hinausgehen. Umso wichtiger ist es, diesen Personen nach ihren Einsätzen regelmäßige psychosoziale Nachsorge und professionelle Betreuung anzubieten. Durch die Bereitstellung solcher Angebote wird nicht nur die psychische Gesundheit der Helferinnen und Helfer geschützt, sondern auch ihre langfristige Einsatzbereitschaft gesichert. Psychosoziale Unterstützung hilft dabei, traumatische Erlebnisse zu verarbeiten, Erschöpfung vorzubeugen und die mentale Belastbarkeit zu stärken. Gleichzeitig signalisiert diese Form der Fürsorge, dass das Wohlergehen der Freiwilligen einen hohen Stellenwert hat, was wiederum die Motivation und die Bereitschaft zur erneuten Beteiligung fördern kann. Die Implementierung dieser Maßnahmen sollte fester Bestandteil der staatlichen und organisatorischen Strategien zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sein, um die Freiwilligen auf lange Sicht zu entlasten und sie weiterhin für zukünftige Krisensituationen zu gewinnen.

5. Welche Herausforderungen ergeben sich für das Krisen- und Notfallmanagement, um Personen, die sich in Katastrophenlagen engagieren, und die nicht an Hilfsorganisationen oder sonstige Organisationen angebunden sind, adäquat einzubeziehen und zu schützen? Wie kann diesen begegnet werden?

Spontanhelfende, die nicht in bestehende Strukturen wie das Technische Hilfswerk (THW) oder die Feuerwehr eingebunden sind, stellen für das Krisenmanagement eine besondere Herausforderung dar. Ihre spontane Einsatzbereitschaft ist zwar von großem Wert, doch die fehlende Anbindung an professionelle Organisationen erschwert eine wirksame und sichere Koordination. Dies betrifft sowohl die adäquate Steuerung der Einsätze als auch den Schutz der Helfenden selbst. Ohne ausreichende Schulungen und notwendige Sicherheitsvorkehrungen können Spontanhelfende sich selbst sowie professionelle Einsatzkräfte gefährden und ungewollt die Abläufe im Krisenmanagement stören.

Wertvolle Informationen dazu bietet der Leitfaden „Spontanhilfe im Einsatz“ des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) (vgl. <https://tinyurl.com/3h4dt6nt>). Dieser zeigt detailliert auf, wie spontane Helferinnen und Helfer sicher und strukturiert in das Krisenmanagement integriert werden können, um Risiken zu minimieren und den Einsatz sinnvoll zu gestalten. Um die Potenziale dieses Leitfadens voll auszuschöpfen, ist es notwendig, ihn in der Praxis stärker zu verbreiten. Dies könnte durch zielgerichtete Schulungen von Krisenstäben geschehen.

Darüber hinaus wäre es sinnvoll, eine zentrale digitale Plattform zur Registrierung und Koordination von Spontanhelfenden zu schaffen bzw. flächendeckend einzuführen. Eine solche Plattform würde es ermöglichen, das Engagement der Freiwilligen besser zu lenken und ihre Einsätze bedarfsgerecht und sicher zu koordinieren. So könnten Spontanhelfende gezielt in Krisensituationen eingebunden und gleichzeitig durch klare Strukturen geschützt werden, was sowohl die Sicherheit der Helfenden als auch die Effizienz des gesamten Krisenmanagements erheblich verbessern würde. Als Beispiel sei hier das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung geförderte Projekt KatHelfer-PRO genannt (vgl. <https://www.kathelfer-pro.de/>).

6. Welche Erwartungen und Beweggründe haben Menschen, die sich engagieren, sei es in Nachbarschaftsnetzwerken, als Spontanhelfende oder auch z.B. in Hilfsorganisationen und freiwilligen Feuerwehren, und wo sind, meiner Erfahrung nach, die Limitationen und wie kann diesen optimal begegnet werden?

Menschen, die sich in Krisenzeiten engagieren, bringen dafür unterschiedliche Beweggründe mit. Viele verfolgen das Ziel, aktiv einen Beitrag zur Gemeinschaft zu leisten und in schwierigen Zeiten Unterstützung zu bieten. Häufig sind es ethische und moralische Werte, die sie antreiben, während andere durch eine persönliche Betroffenheit von der Krise zum Handeln motiviert werden. Nicht zuletzt spielt auch der Wunsch nach sozialer Anerkennung eine Rolle, da das Engagement in Krisensituationen oftmals mit einem hohen gesellschaftlichen Ansehen verbunden ist.

Dennoch stehen viele Freiwillige vor Limitationen, die ihre Einsatzmöglichkeiten einschränken können. Ein häufiges Hindernis ist der Mangel an Zeit oder Ressourcen, um sich intensiver einzubringen. Darüber hinaus fehlt es oft an der notwendigen fachlichen Ausbildung, um in Krisen effektiv und sicher agieren zu können. Dies kann sowohl die Helfenden selbst als auch die von ihnen unterstützten Personen gefährden und die Effektivität des Engagements beeinträchtigen.

Um diese Herausforderungen zu überwinden, muss ein stärkeres Bewusstsein dafür geschaffen werden, dass selbst kleine Beiträge wertvoll und wichtig sind. Jeder Einsatz, egal in welchem Umfang, trägt zur Bewältigung von Krisen bei. Gleichzeitig sollte freiwilliges Engagement durch gezielte Schulungen und Weiterbildungsmöglichkeiten unterstützt werden. Durch diese Maßnahmen können Freiwillige ihre Fähigkeiten ausbauen, sicherer agieren und langfristig zu einer effektiveren Krisenbewältigung beitragen.

Die psychosoziale Unterstützung ist ein weiterer kritischer Punkt, da viele ehrenamtliche Helfer nach einem Einsatz mit emotionalem Stress oder traumatischen Erlebnissen konfrontiert werden. Hier müssen niedrigschwellige Angebote zur mentalen Gesundheitsvorsorge geschaffen werden, die sowohl professionelle Betreuung als auch kollegiale Unterstützung umfassen.

7. Welches sind aus Ihrer Sicht Best-Practice-Beispiele aus den Hochwasserlagen der vergangenen Jahre oder auch aus der Corona-Pandemie zu bürgerschaftlichem Engagement?

Aus den Hochwasserlagen 2021 und der Corona-Pandemie in Deutschland lassen sich zahlreiche Beispiele erfolgreichen bürgerschaftlichen Engagements ableiten, die verdeutlichen, wie essenziell das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und professionellen Einsatzkräften in Krisenzeiten ist. Drei herausragende Best-Practice-Beispiele stehen exemplarisch für diese Entwicklungen:

- *Nachbarschaftshilfen während der Hochwasserlage 2021:* In den stark vom Hochwasser betroffenen Regionen, vor allem in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, formierten sich spontan zahlreiche Nachbarschaftsnetzwerke. Diese boten schnelle und unbürokratische Hilfe, bevor professionelle Einsatzkräfte vor Ort eintreffen konnten. Menschen halfen einander beim Evakuieren, beim Schutz von Hab und Gut oder bei der Bereitstellung von Grundversorgung wie Lebensmitteln und Kleidung. Dieses Engagement zeigt eindrucksvoll, wie wichtig eine starke und gut vernetzte Gemeinschaft im Katastrophenfall ist. Besonders in den ersten Stunden nach der Krise, in denen oft noch kein flächendeckender professioneller Einsatz möglich war, waren es diese freiwilligen Helfer, die einen entscheidenden Unterschied gemacht haben. Die spontane Selbstorganisation in solchen Krisensituationen beweist, dass bürgerschaftliches Engagement ein unverzichtbarer Bestandteil der Katastrophenbewältigung ist.
- *Digitales Engagement in der Corona-Pandemie:* Während der Corona-Pandemie veränderten die Kontaktbeschränkungen das Leben grundlegend, wodurch neue Formen der Unterstützung notwendig wurden. Hier spielte digitales Engagement eine zentrale Rolle. Über digitale Plattformen und Netzwerke organisierten sich Freiwillige, um beispielsweise Einkaufsdienste für ältere oder erkrankte Menschen zu übernehmen. Auch psychologische Unterstützung konnte über Online-Dienste und Telefonhotlines koordiniert werden, um Menschen in Isolation beizustehen. Diese digitalen Formen des Engagements zeigten eindrucksvoll, wie Technologie genutzt werden kann, um auch in schwierigen Zeiten Menschen miteinander zu vernetzen und Hilfe zu leisten. Die Corona-Pandemie hat so den Weg für eine neue Art des freiwilligen Engagements geebnet, das ortsunabhängig und flexibel ist und Menschen erreicht, die auf traditionelle Weise nur schwer zugänglich wären.
- *Inklusion und Barriereabbau in der Corona-Pandemie:* Ein weiteres Beispiel bürgerliches Engagement zur Corona-Hilfe waren Nachbarschaftsnetzwerke speziell für ältere Menschen oder Menschen mit Behinderungen, die aufgrund der Pandemie besonders isoliert waren.

Dies hat gezeigt, wie wichtig es ist, bürgerschaftliches Engagement so zu gestalten, dass alle Gesellschaftsgruppen mit einbezogen werden.

Alle genannten Beispiele verdeutlichen, dass bürgerschaftliches Engagement in Krisenzeiten nicht nur spontan und flexibel, sondern auch äußerst wirkungsvoll sein kann. Die Erfahrungen aus der Hochwasserlage 2021 und der Corona-Pandemie haben gezeigt, dass sowohl traditionelle als auch digitale Formen des Engagements eine bedeutende Rolle in der Krisenbewältigung spielen. Sie haben zudem bewiesen, dass das Zusammenspiel von Zivilgesellschaft und professionellen Einsatzkräften optimiert werden kann, um in zukünftigen Krisen noch schneller und effektiver zu reagieren.

8. Bitte nennen Sie die aus Ihrer Sicht fünf wichtigsten Punkte, die das Katastrophen- und Krisenmanagement in Nordrhein-Westfalen in Bezug zum bürgerschaftlichen Engagement verbessern würden. Bitte nehmen Sie dabei eine Priorisierung vor.

Um das bürgerschaftliche Engagement als integralen Bestandteil des Krisenmanagements in Nordrhein-Westfalen zu stärken, sind folgende fünf Prioritäten entscheidend:

- *Aufbau und Förderung von Netzwerken:* Eine engere Vernetzung von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Hilfsorganisationen und staatlichen Institutionen ist von zentraler Bedeutung, um im Krisenfall schneller und koordinierter reagieren zu können. Lokale und überregionale Netzwerke müssen gezielt aufgebaut und gepflegt werden, damit im Notfall die Zusammenarbeit reibungslos funktioniert. Nur durch ein gut vernetztes und koordiniertes Zusammenspiel aller Akteure können Ressourcen effizient genutzt und die Bevölkerung optimal geschützt werden.
- *Schulungs- und Weiterbildungsprogramme:* Es ist essenziell, flächendeckende Schulungs- und Weiterbildungsprogramme einzuführen, um die Bevölkerung auf Krisenlagen vorzubereiten. Diese Maßnahmen sollten praxisnahe Trainings umfassen, die sowohl die Grundkenntnisse in Krisensituationen als auch spezifische Fähigkeiten wie Erste Hilfe oder der Umgang mit Notfallausrüstungen vermitteln. Durch regelmäßige Schulungen wird nicht nur die Handlungskompetenz der Bürger gestärkt, sondern auch das Vertrauen in die eigene Fähigkeit, in Krisenfällen effektiv zu helfen.
- *Integration digitaler Werkzeuge:* Die Digitalisierung bietet enorme Potenziale für das Krisenmanagement. Digitale ehrenamtliche Einheiten wie z. B. Virtual Operations Support Teams (VOST) ermöglichen eine bessere Lagebewältigung durch Echtzeitanalysen, schnelle Informationsverteilung und koordinierte Einsätze. Diese Werkzeuge sollten systematisch in das Krisenmanagement integriert und ihre Nutzung aktiv gefördert werden. Sie verbessern nicht nur die Reaktionsfähigkeit, sondern erleichtern auch die Einbindung von Freiwilligen in digitale Unterstützungsrollen, ohne dass sie physisch vor Ort sein müssen.
- *Koordination von Spontanhelfenden:* Spontanhelfende spielen in vielen Krisensituationen eine wichtige Rolle, müssen jedoch besser strukturiert in das Krisenmanagement eingebunden werden. Eine zentrale, digitale Plattform zur Registrierung und Koordination von Spontanhelfenden kann sicherstellen, dass ihr Engagement zielgerichtet eingesetzt wird. Zentrale Anlaufstellen, sowohl digital als auch physisch, sollten etabliert werden, um spontane Helferinnen und Helfer effizient zu erfassen und ihren Einsatz zu steuern, ohne die

Sicherheit zu gefährden.

- *Förderung des Ehrenamts durch finanzielle Anreize:* Um freiwilliges Engagement langfristig zu sichern, müssen gezielte finanzielle Anreize geschaffen werden. Steuerliche Vergünstigungen für Ehrenamtliche, berufliche Anerkennung von ehrenamtlichem Engagement oder Weiterbildungsmöglichkeiten sind wirkungsvolle Mittel, um Freiwillige zu gewinnen und ihr Engagement dauerhaft zu fördern. Diese Anreize tragen dazu bei, dass sich mehr Menschen bereit erklären, sich aktiv in das Krisenmanagement einzubringen und langfristig dabei zu bleiben.

Durch diese fünf Maßnahmen kann das bürgerschaftliche Engagement als zentrale Säule des Krisenmanagements in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gestärkt und effizient in bestehende Strukturen eingebunden werden.

Abschließend lässt sich betonen, dass die Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements in Krisenzeiten eine zentrale Herausforderung und zugleich eine große Chance für unsere Gesellschaft darstellt. Die effektive Einbindung von Freiwilligen, die Förderung durch Netzwerke und Schulungen, die Nutzung digitaler Hilfsmittel sowie die psychosoziale Unterstützung sind essenzielle Bausteine, um die Resilienz im Krisenmanagement zu erhöhen. Es ist dabei entscheidend, dass alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen einbezogen und Barrieren abgebaut werden, um eine möglichst breite Partizipation zu ermöglichen. Nur durch ein ganzheitliches und nachhaltiges Zusammenspiel von Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft kann eine resilientere und solidarische Gesellschaft entstehen, die in Krisenlagen effektiv reagiert und sich gegenseitig unterstützt.